



„Forum-Salzburg“-Ministerkonferenz unter österreichischem Vorsitz: Das „Forum Salzburg“ ist die erfolgreichste regionale Sicherheitspartnerschaft in der Europäischen Union.

Krisen verhindern

Bei der „Forum-Salzburg“-Ministerkonferenz wurden Maßnahmen zur Bewältigung irregulärer Migration entlang wichtiger Routen und die Verhinderung von Krisen durch gemeinsames Handeln diskutiert.

Der EU-Außengrenzschutz ist für die Europäische Union, aber auch für jedes Land, das davon betroffen ist, wichtig. Nur so können wir unsere Freiheiten, die wir uns nach dem Zweiten Weltkrieg hart erarbeiten mussten, nicht nur für die Zukunft bewahren, sondern weiter ausbauen“, sagte Innenminister Dr. Wolfgang Peschorn bei der Ministerkonferenz der mitteleuropäischen Sicherheitspartnerschaft „Forum Salzburg“, die am 6. und 7. November 2019 im Innenministerium in Wien stattfand. Dabei betonte der Innenminister den hohen Stellenwert der Reisefreiheit. „Dublin“ und „Schengen“ sind eng miteinander verknüpft. „Ein funktionierender Schutz der EU-Außengrenze und der Grenzen der Westbalkanstaaten ist die Geschäftsbedingung für das Funktionieren von Schengen“, sagte Peschorn, denn Schlepperei mache nicht halt vor der Außengrenze der Europäischen Union.

„Ein Innenminister muss sorgsam sein und auf jedes Anzeichen von Entwicklungen achten“, sagte Peschorn. Damit nahm der Minister Bezug auf die Lage im Herbst 2019 in Nordsyrien.

Treffen der Grenzpolizeichefs. Aktuelle Entwicklungen waren auch Anlass für die Einberufung eines Treffens der Grenzpolizeichefs, das gleichzeitig mit der Ministerkonferenz im Innenministerium abgehalten wurde. Dabei wurde die aktuelle Situation an der Westbalkanroute sowie kurzfristige notwendige Maßnahmen erörtert, um eine neue Krise zu verhindern. Dafür brauche es ein gemeinsames Lagebild, eine Risikoanalyse und darauf aufbauend zwischen den Staaten abgestimmte Notfallpläne, wobei Frontex eine wichtige Rolle zukomme. Auch unmittelbar erforderliche operative Maßnahmen bei der Schleppereibekämpfung, Grenzsicherung und im Bereich Sicherheit auf

polizeilicher Ebene wurden besprochen.

Maßnahmen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Grenzpolizeicheftreffens wurden bei der Ministerkonferenz notwendige Maßnahmen entlang der Westbalkanroute und insbesondere eine gemeinsame Anti-Schlepper-Kooperation vereinbart.

Dabei geht es insbesondere um konsequente Grenzkontrollen entlang der Westbalkanroute, beginnend an der EU-Außengrenze sowie die gegenseitige Unterstützung an Brennpunkten an den Grenzen, wie beispielsweise in Nordmazedonien. Zudem wurde beschlossen, gegen Schlepper und den Menschenhandel vorzugehen, etwa durch regelmäßige gemeinsame Ermittlungen unter Nutzung des internationalen Ermittlungsbüros gegen Schlepperei, des im Bundeskriminalamt in Wien angesiedelten „Joint Operational Offi-



Treffen der Forum-Salzburg-Koordinatoren im Innenministerium: Umsetzung der Beschlüsse der Ministerkonferenz.

ce“. Dabei sollen die Türkei und andere Drittstaaten in die gemeinsame Ermittlungsarbeit stärker einbezogen werden. Außerdem soll es eine koordinierte Unterstützung besonders geforderter Partner am Balkan geben, bei der Schlepperbekämpfung, Grenzsicherung, Identifizierung von Personen und im Asylbereich.

Die Maßnahmen sollen regelmäßig gemeinsam abgestimmt werden. Das soll mit Unterstützung der Europäischen Kommission sowie von EU-Agenturen wie Frontex und Europol erfolgen. Damit leisteten die an der Konferenz teilnehmenden Staaten auch einen Beitrag zur Umsetzung des „Whole-of-Route“-Ansatzes des finnischen EU-Vorsitzes, der jeweils spezifische Maßnahmen entlang einer gesamten Migrationsroute vorsieht.

„Der Schutz Europas und die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in und außerhalb der Europäischen Union kann nur durch eine koordinierte Zusammenarbeit sichergestellt werden“, sagte Innenminister Peschorn. Dazu sei eine enge Kooperation zwischen Nicht-EU- und EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Deshalb habe

Österreich zur „Forum-Salzburg“-Konferenz am 6. und 7. November 2019 in Wien neben den Westbalkan-Partnern auch ausgewählte Schengen-Partner eingeladen.

Teilnehmer. An der Konferenz nahmen 22 Staaten sowie fünf Institutionen teil. Vertreten waren die Mitgliedstaaten des „Forum Salzburg“ (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Österreich), die Gruppe der „Freunde des Forum Salzburg“ (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) sowie Moldau und Kosovo. Als spezielle Gäste nahmen zudem die für die



An der Forum-Salzburg-Ministerkonferenz nahmen Vertreter aus 22 Staaten und 5 Institutionen teil.

östliche und zentrale Mittelmeerroute maßgeblichen Schengen-Partner Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien und Schweiz an der „Forum-Salzburg“-Konferenz teil. Finnland war als aktuelles EU-Ratsvorsitzland vertreten. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der Europäischen Kommission, von Europol, der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex), des „Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung“ (ICMPD) und der Leiter des Sekretariats der „Konvention über die polizeiliche Zusammenarbeit für Südosteuropa“ (PCC SEE) teil.

Die Ministerkonferenz bildete den Höhepunkt der Aktivitäten des halbjährigen österreichischen Vorsitzes. Vorbereitet wurde die Konferenz unter anderem durch Treffen der Migrations- und Grenzpolizeichefs am 12. und 13. September 2019 sowie der Koordinatoren des „Forum Salzburg“ am 17. und 18. Oktober 2019 in Wien. Der Vorsitz im „Forum Salzburg“ wechselt halbjährlich. Den nächsten Vorsitz mit 1. Jänner 2020 übernahm Bulgarien. Im Jahr 2020 feiert das „Forum Salzburg“ sein zwanzigjähriges Bestehen. F. H.-S.